

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1930

7.4.1930 (No. 96)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2,80 M., drei bis sechs 7,70 M., bei der
Verkaufsstelle abgeholt. Nr. 2 60 durch die Post ohne Zehlfußgebühr Einzel-
nummer 10 Pfg. Sonntags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur
bis 20. auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein An-
spruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenszeitung
Belegagen: Kunst u. Wissen, Frauenranke, Wälder für den Familienklub, Aus der katbol. Welt, Sportbeilage
Deutsche Jugendkraft, Illust. Lieberkeilbeilage „Jahreszeitung“, Gesellschaftliche, Reaktion u. Verlag: Gieseler, 17-21
Fernspr.: Gesellschaft 6233, Redaktion 6236, Verlag 6237, Druckerei: Beobachter, Postfachkonto Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 10 Spalten 27 mm breite Millimeterzeile im
Anzeigenblatt 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg.,
die 3 gelb. 87 mm breite am-Zeile im Reklameteil 60 Pfg. Rabatt nach
Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zwangsweiser Einreichung oder
Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigen-
annahme 5 1/2 Uhr. — Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Nr. 96 (5 Seiten)

Karlsruhe, Montag, den 7. April 1930

68. Jahrgang

Brüning gibt Rechenschaft

Die Tagung des Reichsparteiausschusses — Der Reichskanzler über die Notwendigkeit der Kabinetts-
umbildung — Die nächsten Aufgaben: Finanzsanierung und Landwirtschaftshilfe

Die Initiative liegt beim Zentrum

Dr. Sch. Berlin, 6. April (Sig. Drahtber.)

Von der politischen Öffentlichkeit mit der größten Auf-
merksamkeit verfolgt, trat heute in Berlin der Reichspartei-
ausschuss der Deutschen Zentrumspartei zusammen. Es ist
anders gekommen, als man feinerseit geplant hatte. Zwar
wurden die organisatorischen Fragen der Partei heute nicht
vernachlässigt, aber Hauptthema der heutigen Tagung waren
wiederum die aktuellen politischen Gegenwartsfragen, zu
denen die Vertreter des Zentrums aus dem Lande und beru-
fene Führer heute Stellung nahmen. Der Zeitpunkt der Ta-
gung war außerordentlich glücklich gewählt. Ein neues Ge-
dränge deutscher Politik hebt sich ab. Im Augenblick, wo sich
die Partei nicht mehr zu den notwendigen Konsequenzen, die
sich aus den internat. Verträgen für Deutschland ergeben
müssen, entschließen konnte, wo die politischen Verhältnisse dem
Aufstieg Deutschlands ein Hindernis zu werden bedeuten,
hat der Reichskanzler des Zentrums die Führung der Poli-
tik und damit eine Verantwortung auf sich genommen, die
dann nicht zu groß ist, wenn sie eine Partei wie das Zen-
trum mitzutragen bereit sei.

Diese Bereitschaft der ganzen Partei, mit Brüning
die Verantwortung zu tragen, ist heute einmütig
zum Ausdruck gekommen und Zentrumsführer und
die Zentrumswähler stehen in einer geschlossenen
Front mit dem Ziel, alle Kraft und Arbeit in der
Stunde der Not für Volk und Vaterland aufzubieten.

Schon gestern haben, wie es in den letzten Jahren immer
üblich war, eine Reihe von Sondertagungen und Bespre-
chungen der Stände und Berufsvertretungen sowie der wirt-
schaftlichen und kulturpolitischen Organisationen der Partei
stattgefunden. Sie leiteten die Haupttagung ein, die
heute Vormittag von dem stellvertretenden Führer der Partei,
Abg. Zoos im Namen des Parteivorstandes und insbesondere
im Namen des Parteivorstehenden, Prälat Dr. Kaas im
Reichstag eröffnet wurde. Abg. Zoos begrüßte die Mitglie-
der des Reichsparteivorstandes und die aus dem ganzen
Lande herbeigeeilten Angehörigen des Reichsparteiausschus-
ses, ferner die zahlreichen Gäste, die Vertreter der
Presse und insbesondere die Vertreter von Danzig und dem
Saargebiet. Weiter konnte Abg. Zoos sämtliche Zentrumsmi-
nister des Reichs und zahlreiche Zentrumsminister und
Zentrumsvertreter der einzelnen Länder begrüßen. Das
badische Zentrum war unter anderem vertreten durch
Präsident Dr. Baumgartner, die badischen Abgeord-
neten Heurich, Kühn, Amann, die Reichstagsabg. Dr. Köhler,
Dr. Höhr und Damm; weiter sah man den Vorsitzenden der
Wirtschaftsbünde Badens Schmerbed, den Vertreter des Wahl-
kreises Rauberbüschelheim, Redakteur Kiefer, Generalsek-
retär Hele sowie Vertreter der badischen Zentrumspresse.
„Mit lebhaftem Bedauern vermissen wir“, so führte

Abg. Zoos

aus, „unseren hochverehrten Parteichef Prälat Dr. Kaas. Vor
einigen Wochen hat er in einem kleinen Kreis uns die
schmerzliche Mitteilung gemacht, daß seine Gesundheit so an-
gegriffen sei, daß er einer längeren Erholungsperiode bedürfe.
Wir alle, die wir ihn uns erhalten wollen, haben ihn drin-
gend gebeten, sich diese Pause nur auch zu gönnen. Vor sei-
nem Abschied hat er mich gebeten, die Geschäfte zu führen
und in dieser Eigenschaft stehe ich jetzt vor Ihnen. Entschuldig
hatten sich der frühere Reichskanzler Dr. Marx, der badische
Staatspräsident Dr. Samitt und andere führende Persön-
lichkeiten des Reichszentrums. Abg. Zoos ging nun zur Be-
trachtung der politischen Situation mit einem grundlegenden
Referat über die Aufgaben der Partei über.

An der nun einleitenden Aussprache beteiligten sich
die anwesenden Zentrumsvertreter in großer Anzahl.
Der folgende Redner,

Abg. Esser

behandelte noch einmal die Geschäfte der letzten kriegshar-
ten Wochen. Besonders das Zentrum, und gerade er, Esser, hätte
als erster den Gedanken herausgestellt, daß die Arbeits-
losenversicherung eine Sache des ganzen Volkes
sei und daß das ganze Volk die Pflicht
habe, zur Lösung des Problems Opfer zu
bringen. Der sozialdemokratische Vorschlag eines Zu-
schlages zur Einkommensteuer konnte das Zentrum nicht ak-
zeptieren und wollte diejenigen Wirtschaftskreise, die als
Arbeitgeber bereits Beiträge leisteten, nicht mehr herein-
gezogen wissen. Der Vorschlag des Zentrums ist im weiteren
Verlauf abgelehnt worden und vor allem an dem Widerstand
der Deutschen Volkspartei gescheitert. Abg. Esser ging dann
noch des näheren auf den bekannten Kompromißvorschlag
Dr. Brüning ein, an dessen Nichtannahme durch die Sozial-
demokratie befallend das Kabinett scheiterte.

Die Linie des Zentrums, so führte Abg. Esser aus,
ist in all den vergangenen Monaten eine gerade und
offene gewesen und wer all die Geschäfte über-
blickt, kann nicht bestreiten, daß wir in dem Bestre-
ben die Sozialdemokratie in der Regierung zu hal-
ten, bis zum Äußersten gegangen sind.

Nach weiteren Ausführungen des Vorsitzenden der Zen-
trumspartei Danzig und einer Vertreterin der Zentrumsmi-
nister nahmen der jetzige Innenminister und frühere Reichs-
minister für die besetzten Gebiete

Dr. Wirth

das Wort. Er behandelte noch einmal in aller Ausführlich-
keit das Haager Vertragswerk und wies, über-
gehend zu den Schicksalsmöglichkeiten der besetzten und nun-
mehr frei werdenden Gebiete im Westen, der Grenzgebiete
überhaupt, darauf hin, daß gerade für sie es von größter
Bedeutung sei, daß im Haager Vertragswerk die schieds-
gerichtlichen Bestimmungen festgelegt seien, denn
diese Länder hätten am meisten unter der möglichen Entwick-
lung des neuen Planes zu leiden. Die Repressalien wirtschaft-
licher Art würden gerade für die Grenzlande schwere Folgen
haben. Die Pflicht jeder deutschen Regierung ist es, eben da-
für zu sorgen, daß keinerlei Vertragsbrüche vorkommen.
Wenn sich Schwierigkeiten beim Youngplan
ergeben, dann bietet der Youngplan alle Ge-
rantien für eine schiedsgerichtliche Bei-
legung.

Zu der gegenwärtigen politischen Lage führte Dr. Wirth
unter anderem aus:

„Die gegenwärtige Entwicklung mußte leider so kom-
men, weil die Sozialdemokratie selbst die jetzige Entschlei-
dung ihre Verhalten herbeigeführt hat. Daß heute gesunde
konservative Kräfte sich von selbst zur Festigung des deut-
schen Staats, zur Verfolgung einer Kulturpolitik christlich-
nationaler Staatsauffassung, zur Verfügung gestellt ha-
ben, bedeutet einen großen Fortschritt in unserer Landes-
politik. Das Zentrum konnte sich bei der letzten Krise
dem Ruf nicht versagen, das Zentrum mußte mit allen

Kräften sich zur Verfügung stellen, um eine gesunde Ent-
wicklung und den Aufbau mit herbeiführen zu können.
Kommt es zu einer Wahlkämpfe, dann wird das Zentrum
Bannerträger sein müssen für den Glauben an die Lö-
sung der großen Aufgaben, für die Gesundung des Reichs-
tages, des staatlichen Lebens überhaupt, für die Befestigung
des Willens zu christlicher und sozialer Gestaltung
des Wirtschaftslebens.“

Nach diesen mit minutenlangem Beifall aufgenommenen
Ausführungen nahm der

Abg. Hoffmann-Ludwigshafen

das Wort zu Ausführungen über das Westprogramm. Er be-
tonte, daß zur Behebung der Grenzlandnot das wichtigste die
Besser- und Verkehrsverhältnisse seien.

Abg. Miska behandelte dann eingehender das Ost-
programm, dessen Probleme in dem Programm der neuen
Regierung an vorderster Stelle stehen.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprach über die
gegenwärtige gesamte Wirtschaftslage Deutschlands. Die Ar-
beitslosenversicherung werde, solange er Arbeits-
minister sei, nicht zerfallen, wie er überhaupt die Grundlage
der deutschen Sozialversicherung nach wie vor für richtig halte,
die Sozialversicherung insgesamt dahin zu überprüfen, ob sich
im Laufe der Jahre Unzulänglichkeiten und Schäden heraus-
gestellt haben. Im Ganzen sehe er für den Augenblick in der
Sozialversicherung folgende Möglichkeiten und Notwendig-
keiten der Vereinfachung und Verbilligung des großen ver-
waltungsorganisatorischen Mechanismus. Zurückdrängung
einzelner Gebiete in der Sozialversicherung, insbesondere in
der Krankenversicherung, dafür umso wirksamere Hilfe für die
Schwerkranke und für die von langer Krankheit befallenen,
Vortwärtsdrängung des Arbeitsrechts.

Nach den Ausführungen des Ministers begab sich

Reichskanzler Dr. Brüning

von nicht endenwollendem Beifall begrüßt, an den Rednerpult
und legte in programmatischen Ausführungen Wege und Ziele
seiner Politik dar.

Wie es zur Annahme des Youngplanes im französischen Senat kam

Paris, 5. April. Wie wir in der gestrigen Nummer berich-
teten, wurde der Youngplan vom französischen Senat mit 284
gegen 8 Stimmen angenommen. Dem Beschluß ging eine in-
teressante Debatte voraus, zu der sich Cardieu äußerte.

In der Nachmittags Sitzung des Senats führte zunächst der
rechtsstehende Senator Graf de Blois aus, seiner Meinung
nach dürften das Rheinland erst geräumt werden, wenn Deutsch-
land seine finanziellen Verpflichtungen tatsächlich erfüllt hätte.
Cardieu warf ein, daß in zehn Jahren den Alliierten 18 Mil-
liarden gezahlt worden seien. In Deutschland habe
Stresemann für die Sache des Friedens gear-
beitet. Cardieu schildert weiter, wie der Youngplan ent-
standen ist und stellt fest, daß das Kabinett Poincaré ihn an-
genommen habe. Er sichere die Solidarität zwischen den In-
teressen Deutschlands, seinen Kredit aufrechtzuerhalten, und
den Interessen Frankreichs, daß die Zahlungen erfolgen. Die
internationale Zahlungsbank sei notwendig gewesen. Man
könne sie durch die Emissionsbanken und auch durch die Regie-
rungen beherrschen. Der Youngplan trage definitiven Charakter
und sichere Frankreich die Priorität, die Clemenceau 1919 nicht
haben erhalten können. Der Ministerpräsident spricht sodann von
den Sanktionen. Sanktionen hätten nur über die Reparations-
kommission erfolgen können. Die Reparationskommission
verschwinde. Deshalb hätten die Sanktionen des Vertrags von
Versailles nicht mehr aufrechterhalten werden können. Er habe
Sicherheitsgarantien, die doch nicht in Erscheinung hätten tre-
ten können, nicht beibehalten können. Der Haager Gerichtshof
werde jetzt gegebenenfalls festzustellen haben, ob der Youngplan
zerfallen sei. Stelle er dies fest, dann trete Artikel 15 des
Völkerbundsstatuts in die Erscheinung. Deutschland habe dies
Verfahren angenommen und auch anerkannt, daß in dem Maße,
in dem das Völkerbundsstatut einer jeden Nation die Vertei-
digungsfreiheit gewährleiste, der Youngplan diese Handlungs-
freiheit im Rahmen des Völkerbundes aufrechterhalte. Die
Räumung sei für den 30. Juni versprochen. Ueber die Räu-
mung gebe es kein Mißverständnis zwischen Deutschland und
Frankreich. Die Truppen würden in der dritten Rheinlandszone

verbleiben, bis die Ratifizierung des Youngplanes erfolgt sei,
die internationale Zahlungsbank funktioniere und die Schuld-
verschreibungen Deutschlands dieser Bank übermittleit worden
seien. Sobald letzteres geschehen sei, beginne die Räumung und
werde alsdann so rasch wie möglich durchgeführt werden. Be-
vor aber die Räumung beginne, müßte Deutschland die voll-
kommene Schleifung sämtlicher Verteidigungswerte durchfüh-
ren. Deutschland müsse das reflexlos tun und nicht nur eine schein-
bare Schleifung vornehmen. Wenn es nur eine scheinbare
Schleifung vornehme, werde das nicht genügen. In drei Tagen
werde Deutschland eine Note in diesem Sinne überreicht wer-
den. Die Feststellungskommission sei die Kommission, die im
Locarnoertrage vorgesehen sei.

Cardieu wies in seinen Ausführungen weiter darauf hin,
daß irgendeine Polemik gar keinen Zweck habe, und daß man
versuchen müsse, eine Annäherung der Anschauungen
zu vollziehen, wenn dies auch erst allmählich erfolgen
werde. Vor allem müsse man die Geister vorbereiten. Dem
neuen Reichskanzler mache man in Deutschland genau die glei-
chen Vorwürfe wie ihm, Cardieu, in Frankreich. Wenn man
ein gegenseitiges Vertrauen zwischen Frankreich und Deutsch-
land wolle, werde man es nur erzielen, wenn man für diese
Politik diejenigen gewinne, die ihr zunächst feindselig gegen-
über gestanden hätten. Der Youngplan sei ein Zukunftsland.
Man müsse ihn um dieser Zukunft willen annehmen. Von der
Vergangenheit habe Frankreich genug.

Der nächste Redner, Senator Japy, äußerte, es sei gefähr-
lich, daß der Youngplan vollkommen auf dem guten Willen
Deutschlands beruhe. Japy sprach von dem Bankrott der Mark
und fragte, welche Garantie Frankreich gegen die Erneuerung
dieses Betruges habe. Cardieu antwortete: Der Youngplan
selbst. — Der nationalsozialistische Senator de la Heye lehnte
den Youngplan ab.

Der radikale Senator Lemery sprach sich für die Ratifizie-
rung aus. Er erklärte sich befriedigt, daß Ministerpräsident
Cardieu mit Herriot und Blum Sanktionen nur im Rahmen des
Völkerbundes für möglich halte.

